



Flüchtlingsrat Brandenburg

Rudolf-Breitscheid-Str. 164

14482 Potsdam

Tel.: 0331-716499

Fax: 0331- 887 15 460

info@fluechtlingsrat-brandenburg.de

www.fluechtlingsrat-brandenburg.de

Bankverbindung:
Mittelbrandenburgische
Sparkasse Potsdam
KtoNr.: 350 10 10 000
BLZ: 160 500 00

SCHNELL - INFO August 2011

- **Informationen aus Brandenburg**
- **Informationen aus dem Rest der Welt**
- **Termine**
- **Materialien**
Zahlen / Nord- und Westafrika / Für die Beratungspraxis / Andere Themen / Bücher
- **Fortbildungen Tagungen Seminare**

Informationen aus Brandenburg

Ostprignitz-Ruppin: Das Neue ist das Alte: Flüchtlinge bleiben in Treskow

Leider haben sich im Landkreis Ostprignitz-Ruppin die Stimmen, die sich im Laufe des letzten Jahres für eine dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen stark gemacht haben, nicht durchsetzen können. Nachdem der Vertrag mit der Betreiberfirma Wiesemann ausgelaufen war und die Ruppiner Kliniken GmbH den neuen Betreibervertrag unterschrieben hatten, wurde wieder nach einem Standort für eine Sammelunterkunft gesucht. Nun ist entschieden: Es bleibt bei dem ehemaligen Lehrlingsheim im Industriegebiet von Neuruppin. Dem unten verlinkten Artikel über den neuen alten Standort nach ist zu befürchten, dass es nur kosmetische Veränderungen geben wird; vom Umbau zu Wohnungseinheiten, die eine Privatsphäre ermöglichen würden, ist nicht die Rede. Schade, dass in OPR die Chance für eine grundlegende Veränderung vertan wurde!

<http://www.die-mark-online.de/nachrichten/kreis-ostprignitz-ruppin/asylheim-bleibt-treskow-1344191.html>

Neues Internetcafe in der Erstaufnahmeeinrichtung in Eisenhüttenstadt eröffnet

[Refugees Emancipation](#) hat am 25. August ein neues Internetcafé eröffnet, das in Selbstverwaltung von den Flüchtlingen in der EAE betrieben wird. Refugees Emanipation e.V. wurde als eine Initiative von Asylsuchenden und Flüchtlingen gegründet und hat im Verlauf der letzten 7 Jahre in fünf Flüchtlingsheimen als eine Hilfe zur Selbsthilfe Internetcafés eingerichtet. Spenden in Form von Hardware, Geld (z.B. für Fahrtkosten) und technische Unterstützung werden immer gebraucht.



Flyer „Was darf die Heimleitung“ in mehreren Sprachen abrufbar

Nachdem es nach Protesten von Flüchtlingen gegen ihre miserable Unterbringung immer wieder Einschüchterungen durch Heimleitungen gegeben hat, hat der Flüchtlingsrat einen Informationsflyer erstellt, der helfen soll, zumindest den abenteuerlichsten Versionen von Einschüchterung und Drohung vorzubeugen. Downloads [hier](#)

Der Gutscheinboykott geht weiter – Auseinandersetzung um Populismusvorwurf gegen Landrat Schröter

Auch im August ging der Gutscheinboykott in Oberhavel weiter, dieses Mal exemplarisch getragen von einer Gruppe von Flüchtlingen. Nachdem ein Mitglied der Linken Landrat Schröter vorgeworfen hatte, er würde mit dem Beibehalten der Diskriminierung durch Gutscheine rechtspopulistische Stimmungen bedienen, tobt im Landkreis die parteipolitische Auseinandersetzung. Wir möchten hierzu die Lektüre der Presseerklärung des [FORUM GEGEN RASSISMUS UND RECHTE GEWALT ORANIENBURG](#) empfehlen.

Auch in Cottbus, im Landkreis Oberspree-Lausitz und im Havelland sind Initiativen gegen die Gutscheine aktiv. Zur Vernetzung wird es am **7. September eine Flüchtlingsrats-Schwerpunktsitzung** geben. Nähere Angaben siehe unter [termine](#).

Es gibt einen Film zum Thema **Asylbewerberleistungsgesetz** auf der Webseite von Campact, in dem auch die Flüchtlinge aus OHV zu Wort kommen:

<http://www.campact.de/migration/sn1/signer>

Übernahme von Dolmetscherkosten für die Behandlung Traumatisierter

Es gibt ein neues [Rundschreiben](#) der Landesregierung vom 21.Juli, in dem festgestellt wird, dass Dolmetscherkosten zu gewährende Hilfen nach den §§ 4 und 6 AsylbLG sind. [Ausführliches Schreiben](#) des MASF an den Präsidenten der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege.

„Auch Brandenburg gehört zu Europa – selbst wenn die Brandenburger Behörden dies prüfen mussten“ Europäische Menschenrechtskonvention verhilft zu Aufenthaltserlaubnis schreibt Julia Walsh von der Ban Ying Koordinationsstelle in Berlin. Geschildert wird der lange Weg durch die Brandenburger Bürokratie, die in einem mehr als drei Jahre dauernden Verfahren überzeugt werden musste, einem minderjährigen Mädchen und seiner Mutter eine eigenständige Aufenthaltserlaubnis zu erteilen.

[Mehr lesen](#)

Stellenausschreibung des DW-Potsdam Zum 01.10.2011 und zum 01.11.2011 werden jeweils eine /ein Sozialpädagogin / Sozialpädagogen zur Verstärkung des Teams in der Flüchtlingsberatung in Potsdam und Potsdam-Mittelmark gesucht. Details [hier](#) und [hier](#)

Informationen aus der Welt

Journalisten als Flüchtlinge

Unser ehemaliger Kollege vom Flüchtlingsrat Berlin, Jens-Uwe Thomas, ist nun bei Reporter ohne Grenzen e. V. zuständig für den Bereich „Flüchtlingsarbeit und Nothilfe“.

Zu erreichen ist er telefonisch unter: 030 - 202 15 10 - 13

Der Flyer *Hilfe für Journalisten in Not - Schutz vor Verfolgung und Repression* findet sich hier auf [Deutsch](#), [Englisch](#) und [Französisch](#) zum Download und kann bestellt werden bei: jt@reporter-ohne-grenzen.de



Plädoyer für stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung

Alle Landtagsfraktionen Schleswig-Holsteins sprachen sich in einer Plenardebatte am 26.8. für eine stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete Flüchtlinge aus. Regierungs- und Oppositionsfraktionen fordern die Landesregierung auf, sich im Bundesrat für eine entsprechende Regelung einzusetzen. Wir würden uns über eine solche Initiative aus Brandenburg auch sehr freuen!

Die diskutierten Anträge wurden zur weiteren Beratung in den Innen- und Rechtsausschuss verwiesen. Mehr lesen [hier](#) und [hier](#)

Lockerung des Denunziationsparagrafen § 87 AufenthG

Schulen müssen Kinder ohne Aufenthaltsstatus künftig nicht mehr melden, dazu ein Artikel des [SWR](#) Am 30. Juni 2011 hatten die Koalitionsfraktionen zu ihrem Gesetzentwurf einen Änderungsantrag vorgelegt, der am 7. Juli im Bundestag verabschiedet wurde. Darin enthalten ist eine bereits im Koalitionsvertrag in Aussicht gestellte Einschränkung der „aufenthaltsrechtlichen Übermittlungspflichten“ öffentlicher Stellen. Bisher waren Schulen, medizinische oder andere öffentliche Einrichtungen dazu verpflichtet, Menschen bei den Ausländerbehörden anzuzeigen, die sich illegal in Deutschland aufhalten. Von der "Denunziationspflicht" ausgenommen sind nun Schulen sowie Bildungs- und Erziehungseinrichtungen. Nicht ausgenommen werden hingegen Krankenhäuser und medizinische Einrichtungen, Arbeitsgerichte, Ausländer- und Integrationsbeauftragte der Länder. [BT-Drs. 17/5470](#)

Asylanörungen mit Hilfe von Videokonferenztechnik

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nimmt nach Angaben der Bundesregierung seit November vergangenen Jahres „Anhörungen im Wege der Bild- und Tonübertragung“ vor. In einer dreimonatigen, erfolgreich verlaufenden Projektphase sei das erprobt worden, schreibt die Regierung in ihrer Antwort ([17/6735](#)) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke ([17/6651](#)). Insgesamt habe das BAMF seit November 2011 bis einschließlich Juli diesen Jahres 140 Anhörungen auf diese Weise vorgenommen. Die Angehörten befinden sich währenddessen in der Erstaufnahmeeinrichtung Friedland in Süd-Niedersachsen.

Pressemitteilung von Pro Asyl [hierzu](#)

Entscheiderstopp Syrien

Trotz der dramatischen Lage in Syrien sind fast 2000 Asylanträge in der Warteschleife, geht aus der [Antwort der Bundesregierung](#) auf eine Anfrage der Linken hervor. Die hatte sich darin nach dem Umgang mit syrischen Flüchtlingen erkundigt. Das Bundesinnenministerium hat wegen der bürgerkriegsartigen Situation das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) angewiesen, bis zu einer Klärung der Lage in Syrien keine Asylentscheidungen mehr vorzunehmen. Aus der Antwort geht hervor, dass mittlerweile 1982 Asyl- und Asylfolgeanträge beim BAMF, davon 642 allein aus den Monaten Mai und Juni vorliegen und nicht bearbeitet werden.

Verwaltungsgericht Köln: Alle Asylantragsteller aus Syrien bei Rückkehr gefährdet

Fleißarbeit hat das Verwaltungsgericht Köln in einem [Urteil vom 21. Juni 2011](#) geleistet. In dem Urteil, mit dem ein Abschiebungsverbot nach § 60 Absatz 2 Aufenthaltsgesetz hinsichtlich Syriens festgestellt wird, wird im Hinblick auf die Zahl der bekannt gewordenen Verhaftungen und die dabei zu Tage getretene Willkür des syrischen Regimes davon ausgegangen, dass bereits aufgrund der Asylantragstellung und des Aufenthalts in der Bundesrepublik den Betroffenen bei einer Rückkehr nach Syrien mit einer beachtlichen Wahrscheinlichkeit Festnahmen und menschenrechtswidrige Behandlungen drohen. Aufgezählt werden Einzelfälle, in denen Rückkehrer aus Deutschland und anderen EU-Staaten inhaftiert wurden. Ein bestimmter Verfolgungsmodus lasse sich aufgrund der in Syrien herrschenden Willkür und des in seinen Auswirkungen nicht abschätzbaren Nebeneinanders verschiedener Geheimdienste nicht erkennen. Es bestehe deshalb auch für Personen, die sich nicht

exilpolitisch betätigt hätten, mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit die Gefahr einer nicht nur kurzfristigen Inhaftierung bei Rückkehr und damit einhergehender Folter oder anderer menschenrechtswidriger Behandlung. (aus dem Pro Asyl Newsletter)

Mehr Bewegungsfreiheit für Asylsuchende in Rheinland-Pfalz

In Rheinland-Pfalz lebende Asylsuchende dürfen sich in Zukunft wenigstens innerhalb der Grenzen ihres Bundeslandes frei bewegen. Der Landtag hat am 19. August einem Antrag der Grünen und der SPD zur Änderung der sogenannten Residenzpflicht zugestimmt. Das [Integrationsministerium des Landes](#) betonte, die bisherige Regelung der Residenzpflicht, die die Bewegungsfreiheit von Asylsuchenden auf den Regierungsbezirk ihres Unterbringungsortes beschränkte, sei nicht mehr zeitgemäß. Von der angestrebten Neuregelung sind nach Auskünften der Landesregierung etwa 1.700 Menschen betroffen. Mit ihrem Beschluss folgt die Landesregierung von Rheinland-Pfalz den Bundesländern Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein, die ähnliche Regelungen getroffen haben. Dem will sich offenbar bald auch die Landesregierung von Baden-Württemberg anschließen. Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz will sich nach eigenem Bekunden auch durch eine Bundesratsinitiative für eine bundesweite Abschaffung der Residenzpflicht einsetzen. (aus dem Pro Asyl Newsletter)

Arbeitsmarktprüfung für Ärzte und Ingenieure abgeschafft

Nach einem Beschluss der Bundesregierung vom 22.06. 2011 können ab sofort ausländische Ärzte und Ingenieure der Fachrichtung Maschinen- und Fahrzeugbau sowie der Elektrotechnik, die aus Drittstaaten kommen, ohne Vorrangprüfung zum deutschen Arbeitsmarkt zugelassen werden. Voraussetzung ist, dass die Arbeitsbedingungen, vor allem die Höhe des Gehaltes, denen vergleichbarer inländischer Arbeitnehmer entsprechen. Die ZAV wird für diese Nicht-EU-Bürger innerhalb von 48 Stunden eine Entscheidung über die Zulassung zum Arbeitsmarkt treffen. Die Regelung gilt sowohl für Neuzuwanderer als auch für bereits hier lebende Ärzte und Ingenieure. (Quelle Rundbrief Georg Classen)

[Mehr:](#)

AsylbLG-Grundleistungen werden nicht neu berechnet - Bundesregierung will erstmal ein halbes Jahr mit den Ländern sprechen

Die Bundesregierung sitzt die Reform des verfassungswidrigen AsylbLG aus. Das BMAS teilte jetzt in seiner nur eine halbe Seite langen Stellungnahme vom 22.07.2011 dem Bundesverfassungsgericht zur Verfassungswidrigkeit der AsylbLG-Leistungen für Kinder lediglich mit, man wolle bis Ende 2011 mit den Ländern Gespräche über die AsylbLG-Reform führen, http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/asylblg/Stellungnahme_BMAS_BVerfG_AsylbLG.pdf. Sinngemäß dieselbe Antwort der Bundesregierung erhielt auch die Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke auf Nachfrage. Nachzulesen [hier](#) und [hier](#) <http://taz.de/Sozialleistungen-fuer-Fluechtlinge/!75961/> <http://taz.de/Kommentar-zum-Asylbewerberleistungsgesetz/!75955/> http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/Jelpke_Antwort_AsylbLG_Aug2011.pdf
Mehr Infos: http://www.fluechtlingsrat-berlin.de/print_neue_meldungen.php?sid=521

Wenn die Regierung nicht handelt, müssen Gerichte es richten

das Sozialgericht Mannheim hat einem Eilantrag stattgegeben, der dem alleinstehenden Antragsteller zusätzlich zu den bereits nach §3 AsylbLG gewährten Leistungen weitere 65,51 € monatlich zuspricht. Der Beschluss setzt als erster seiner Art ein längst überfälliges Zeichen gegen die verfassungswidrigen Asylbewerberleistungen und macht unmissverständlich deutlich, dass auch Asylbewerber ein Recht auf Sicherung ihres Existenzminimums haben. Beschluss SG Mannheim und Pressemitteilung von RA Berthold Münch aus Heidelberg im Wortlaut:

http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/asylblg/SG_Mannheim_AsylbLG_Verfassung.pdf



Das Gericht hat den Hartz IV Regelsatz zugrundegelegt, den Anteil für in der Gemeinschaftsunterkunft bereiten Hausrat und Energie rausgerechnet, und im Hinblick auf die vorläufige Regelung im Eilverfahren dem Kläger vorerst die Hälfte der verbleibenden Differenz AsylbLG - Hartz IV zugesprochen. Die Stadt Heidelberg wurde verpflichtet, dem Asylbewerber über den im AsylbLG festgelegten Satz hinaus weitere € 65,51 monatlich als Darlehen zu gewähren. Ein Verfahren für eine Familie mit Kindern ist noch anhängig. (Quelle Flüchtlingsrat NDS Flüchtlingsrat Berlin)

Das Bildungs- und Teilhabepaket für Asylbewerberkinder ist da! 70 € extra im August für jedes Schulkind

Ohne Antrag erhalten Hartz IV Kinder und Jugendliche unter 25 Jahren, die eine allgemein- oder berufsbildende Schule besuchen und keine Ausbildungsvergütung erhalten, **zum 1. August 2011** einen **Zuschuss von 70 € in bar** für ihren Schulbedarf. Die zweite Rate von 30 € ist am 1. Februar 2012 fällig. Während beim Bildungspaket für Fahrtkosten zur Schule, Klassen- Hort- und Kitareisen und -ausflüge, Nachhilfe, Vereinsaktivitäten und Ferienfreizeiten ein gesonderter Antrag nötig ist, ist dies bei der Schulbedarfszuschuss von 70/30 € nicht der Fall.

Übersicht uns bekannter **Ländererlasse, Musterantrag und kritische Einschätzung zum Bildungspaket:**

http://www.fluechtlingsrat-berlin.de/print_neue_meldungen.php?sid=526

Schulkinder die die Leistung nicht bekommen, sollten **Widerspruch** einlegen, und die **bildungs- und teilhabefeindliche** Haltung der vor Ort verantwortlichen Sozialpolitiker öffentlich machen.

Baden-Württemberg stoppt Roma-Abschiebungen nach Kosovo

Badische Zeitung, Freiburg: 05. August 2011

STUTTGART (dpa). Das Land hat die Abschiebung von Roma in das Kosovo und nach Serbien gestoppt. "Die Lage dort ist besonders für Roma unsicher", sagte der Sprecher von Innenminister Lothar Gall (SPD). Eine Delegation des Petitionsausschusses wolle sich bei einer Reise im Herbst über die Lage der Minderheiten informieren. Erst danach solle über den Verbleib der Roma-Flüchtlinge entschieden werden. In Baden-Württemberg leben rund 1200 geduldete Roma.

EU-Migrationspolitik vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte

24 Flüchtlinge aus Eritrea und Somalia haben vor dem EGMR Klage eingereicht gegen ihre Übergabe an die libyschen Behörden durch die italienische Grenzpolizei. Die Kläger gehörten zu einer Gruppe von 227 Menschen, die am 6. Mai 2009 von der italienischen Grenzpolizei auf hoher See aufgegriffen und sofort nach Libyen abgeschoben worden. Dort wurden sie interniert und misshandelt. Die Beschwerde gegen Italien stützt sich auf drei Punkte: Die Flüchtlinge seien als Gruppe zurückgeschafft worden, ohne dass sie vorher individuell angehört wurden bzw. überhaupt die Möglichkeit hatten, ihr Asylgesuch zu stellen. Es sei ihnen das Recht auf Einspruch gegen ihre Abschiebung verwehrt worden. Vor allem aber soll Italien gegen das Prinzip des Non-Refoulement verstoßen haben. Demnach darf kein Mensch in ein Land zurückgeschoben werden, in dem ihm Folter oder unmenschliche Behandlung droht.

Nach Ansicht von UNHCR sei der vorliegende Fall von besonderem Interesse. Er behandelt die Frage, welche Rechte Flüchtlinge haben, die auf hoher See aufgegriffen werden.

Quelle: „Guantánamo auf hoher See“ von Kaspar Surber und Anja Suter, erschienen in

[Der Freitag am 10.07.2011](#) (aus dem Pro Asyl Newsletter)



Termine

2. September 19:30 Uhr

Berlin - Mehringhof

Mittelmeer-Solidarität Veranstaltung mit Devi Sacchetto, Bernd Kasperek, Helmut Dietrich

Themen: Schiffe zu den Boat-people! | Streikunterstützung für die afrikanischen Landarbeiter in Süditalien! | Kein Krieg gegen Flüchtlinge! | Aufnahme von Flüchtlingen aus Nordafrika! | Gegen die Militarisierung der arabischen Revolten!

[flyer](#)

7. September 17 Uhr

in Senftenberg

Flüchtlingsrats- Schwerpunktsitzung zum Thema:

„Die Diskriminierung beenden - Bargeld statt Gutscheine im ganzen Land!“

Einladungsflyer [Deutsch](#) / [Englisch](#) / [Französisch](#)

27. September 16 Uhr

Potsdam

Gripstheater „SOS for Human Rights“ mit anschließendem Polittalk zur Flüchtlingsaufnahme aus Nordafrika

Jörg Thadeusz führt durch das Programm und spricht mit

- Markus Löning, Beauftragter der Bundesregierung für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe
- Thomas Schmid, Leitender Redakteur und Auslandsreporter der Berliner Zeitung
- NN, Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung Goslar
- Hanns Thomä, Beauftragter für Migration und Integration der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz
- Prof. Dr. Karin Weiss, Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg

im Brandenburg-Saal der Staatskanzlei in Potsdam

Veranstalter: *Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, der Verein borderline-europe, die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, der Flüchtlingsrat Brandenburg, die Integrationsbeauftragte der Landeshauptstadt Potsdam und die brandenburgische Landeskoordination Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage.*

Materialien

ZAHLEN:

Jüngsten Zahlen zum [Bleiberecht](#) in der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken

Ergänzenden Angaben der Bundesregierung zur [Asylstatistik](#)

Darin unter anderem interessant: Frage 3: die inzwischen sehr Hohe Nicht-Widerrufsquote (95,6%) – was massenhafte Widerrufsverfahren umso fragwürdiger macht

UNHCR veröffentlicht Resettlement-Statistikbericht 2010

UNHCR hat seinen jüngsten Resettlement-Statistikbericht „[UNHCR global resettlement statistical report 2010](#)“ veröffentlicht. Im Jahre 2010 wurden fast 73.000 Flüchtlinge in 28 Staaten neu angesiedelt. Rumänien, Japan und Paraguay waren als Aufnahmestaaten zum ersten Mal dabei. Die meisten Aufnahmevorschläge unterbereitete UNHCR hinsichtlich irakischer Staatsangehöriger. Es



Dieser Infobrief wurde gefördert durch:

folgten Flüchtlinge aus Myanmar und Bhutan. An der Spitze der Hauptaufnahmeländer lagen mit weitem Abstand die USA, dahinter Kanada und Australien.

UNHCR Global Report 2010

Zahlen, Statistiken und Erläuterungen zu den Fluchtbewegungen weltweit und die Arbeit von UNHCR im Jahr 2010.

Übersicht über die per Frontex organisierten Abschiebungen in 2010

Eine [Übersicht über die per Frontex organisierten Abschiebungen im Jahr 2010](#) hat Uli Sextro vom Diakonischen Werk Mainz-Bingen unter Benutzung des Frontex-Jahresberichtes 2010 und der Frontex-Website zusammengestellt. Interessant ist u.a., dass das kleine Zypern im Dezember die Planung von Abschiebungen in Richtung Syrien übernommen hatte, die in Kooperation mit Griechenland durchgeführt wurden. 67 Personen sind nach dieser Statistik abgeschoben worden – in eine bereits zum damaligen Zeitpunkt aufgrund der willkürlichen Inhaftierungspraxis des syrischen Regimes gegenüber Rückkehrern hochgefährliche Situation.

NORD- und WESTAFRIKA

[Stellungnahme von Diakonie und Brot für die Welt](#)

„Für eine menschenrechtskonforme Asyl- und Migrationspolitik der EU – Erklärung zur aktuellen humanitären Situation in Nordafrika“

Tunesien zwischen Revolution und Migration

Eindrücke und Fragmente einer Delegationsreise im Mai 2011

[Mehr Informationen](#) bestellen bei: office@bordermonitoring.eu

Flüchtlinge - Fischer - Abgeschobene

Eine Recherchefahrt durch Tunesien in Zeiten des libyschen Krieges.

Ein Bericht von Judith Gleitze (borderline-europe)

Mitreisende: Frank Jugert und Rabih Bouallegue.

http://www.borderline-europe.de/downloads/2011_07_Fluechtlinge_Fischer_Abgeschobene.pdf

Broschüre von medico international macht neuen Blick auf Westafrika möglich

Bei medico international befindet sich die hervorragende Broschüre „[Fluchtursache Reichtum – Migration und Rohstoffhandel in Westafrika](#)“ zum Download. Am Beispiel von Migrationsbewegungen aus drei Ländern Westafrikas, die reich an natürlichen Ressourcen sind, wird gezeigt, wie gerade dieser Reichtum durch den Zugriff internationaler Wirtschaftsinteressen Verarmung und Gewaltverhältnisse hervorbringt, die zum Migrationsmotor werden. Für Europäer und Europäerinnen, die weg wollen vom gönnerhaften Blick auf die angeblich endemische Armut Afrikas, weg vom Schreckensszenario zerlumpfter Massen, die nach Medienberichten angeblich an den Toren des Westens rütteln – und die bereit sind, sich mit dem Beitrag europäischer Politik und dem Agieren von internationalen Unternehmen zur Verarmung zu befassen, ein wichtiger Beitrag.

FÜR die BERATUNGSPRAXIS

Informationen von Diakonie und Caritas zu Neuregelungen in § 25 a Aufenthaltsgesetz

Diakonie und Caritas in Baden-Württemberg haben mit Stand 30. Juni 2011 herausgegeben.

[„Informationen zum § 25 a Aufenthaltsgesetz \(Aufenthaltsgewährung bei gut integrierten Jugendlichen und Heranwachsenden\)“](#)



Dieser Infobrief wurde gefördert durch:

Neue Broschüre: **Junge Asylsuchende/Flüchtlinge brauchen Zugang zu Bildung und Arbeit - Eine Handreichung für die Beratungspraxis**

Die Handreichung enthält eine Übersicht über die rechtlichen und tatsächlichen Rahmenbedingungen für diese Zielgruppe, über ihre Möglichkeiten beim Einstieg in den Arbeitsmarkt und über die bestehenden Unterstützungsstrukturen. [download](#)

Zu bestellen bei: Caritasverband für die Diözese Osnabrück e.V.

Barbara Weiser / Knappsbrink 58 / 49080 Osnabrück [bweiser\(at\)caritas-os.de](mailto:bweiser(at)caritas-os.de)

Fax: 0541-349784161

ANDERE THEMEN

Was ist eigentlich Rassismus?

Beitrag von Hendrik Cremer (Deutsches Institut für Menschenrechte) erschienen in Tangram, Zeitschrift der schweizerischen Kommission gegen Rassismus, Juni 2012.

<http://nicsbloghaus.org/2011/06/04/was-isteigentlich-rassismus>

Newsletter zum Oury Jalloh-Prozess

Die Initiative im Gedenken an Oury Jalloh, die Internationale Liga für Menschenrechte, das Komitee für Grundrechte und Demokratie und die Kritische Juristinnen und Jurist_innen der FU Berlin haben die zweite Ausgabe ihres Newsletters zur Aufklärung der Todesumstände von Oury Jalloh veröffentlicht:

http://initiativeouryjalloh.files.wordpress.com/2011/06/newsletter_no22.pdf

No other option - Testimonies from asylum seekers living in Ukraine

Die Dokumentation des Jesuit Refugee Service Europe über die Ausweglosigkeit der Flüchtlinge in der Ukraine ist gleichzeitig ein Appell an die EU, keine Flüchtlinge in die Ukraine zurückzuschicken. Dort wartet weder ein faires Asylverfahren noch eine sichere Versorgung auf sie. Die Broschüre gibt es als PDF zum Download unter http://www.jrseurope.org/publications/JRS%20Europe_Asylum%20Seekers%20in%20Ukraine_June2011.pdf

BÜCHER

Kirchenasyl. Eine heilsame Bewegung

Fanny Dethloff und Verena Mittermaier haben in diesem Buch Beiträge zusammengestellt, die das Kirchenasyl in den theologischen Kontext der „Heilung“, stellen. Das Buch beinhaltet eine Sammlung von Erfahrungen, Begründungen und verschiedenen Formen solidarischen Handelns. Texte aus Theorie und Praxis, Interviews und Fallbeispiele bringen den Leserinnen und Lesern die Thematik nahe.

Fanny Dethloff und Verena Mittermaier (Hrsg.),

Loeper Literaturverlag, Karlsruhe 2011, 250

Seiten, 19,90 €. Mit Beiträgen von Ute Gniewoß,

Stefan Keßler, Fulbert Steffensky, u. a.

www.vonloeper.de/index1.html

Die Behandlung der Opfer - über unseren Umgang mit dem Trauma der Flüchtlinge und Verfolgten Klaus Ottomeyer

Klett-Cotta 1. Aufl. 2011 ISBN: 978-3-608-89107-2

Verletzte Helfer Umgang mit dem Trauma: Risiken und Möglichkeiten sich zu schützen.

Christian Pross Klett-Cotta 1. Aufl. 2009 ISBN: 978-3-608-89090-7



Dieser Infobrief wurde gefördert durch:

Fortbildungen, Tagungen und Seminare

- **Fortbildungen für Vormünder und Berater/innen von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen** im Haus der Jugend – Schulstrasse 9 – Potsdam Babelsberg
31.8. 10 – 14 Uhr
Altersfestsetzung und Aussagepflichten von Vormündern gegenüber Behörden
23. September 10 – 14 Uhr
Beantragung und Durchsetzung von Jugendhilfebedarf, Ergänzungspflegschaften und anderen Hilfen
Details siehe [flyer](#)
- **Fachseminar „Früherkennung psychischer Traumatisierung bei Flüchtlingen - Handlungsmöglichkeiten für die Praxis und asylrechtliche Bedeutung“**
7. September 9.00 bis 13.00 Uhr
im Zentrum ÜBERLEBEN, Turmstr. 21 (GSZM), Haus K, Eingang D, 10559 Berlin.
Weitere Infos und Anmeldung: Joachim Ruffer 030/303906-44 (j.rueffer@migrationsdienste.org)
oder Boris Friele 030/303906-33 (b.friele@migrationsdienste.org)
- **Fachveranstaltung zu den gesetzlichen Neuerungen im SGB II und SGB XII**
07. September Diakonie Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz / DW der EKD
Details siehe [flyer](#)
Anmeldefrist ist der 29.08.11. Es wird ein Tagungsbeitrag in Höhe von 45,- Euro erhoben.
- EM+PA-Tagung „**Partizipative Bildungsangebote für Migrantinnen und Migranten**“
Fachtagung am 13. September 2011, 10:00 – 16:30 Uhr
Ort und weitere Details siehe [Flyer](#)
- Bundesweite Fachtagung des Berliner Netzwerk für besonders Schutzbedürftige
Die Versorgung besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge durchsetzen
27. September 10:30 – 17 uhr in Berlin
mehr informationen [hier](#)
- „**Kinder und Jugendliche auf der Flucht – Perspektiven in Deutschland?**“
25.- 26.10. Bad Münster (Anmeldefrist 29.9.)
gemeinsame Tagung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe e.V.
Details siehe [Flyer](#)
- Ankündigung: Fachtagung: „**Gesellschaftliche Teilhabe und Selbstorganisation von jungen Flüchtlingen durch freiwilliges Engagement fördern**“
Die Stiftung MITARBEIT veranstaltet am **25. und 26. November 2011 in Köln** in Kooperation mit dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) und der Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit (BAG EJSJA). Details siehe [Flyer](#)